

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN
im Rat der Stadt Monheim am Rhein
Haushaltsrede 2013

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,**

Boomtown Monheim?! , unter diesen Oberbegriff möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede stellen. Ob es sich dabei um eine Aussage oder doch eher um eine Fragestellung handelt, und wie diese Boomtown – sofern es denn nun eine ist - gestaltet werden kann, das wird in dieser Rede nur ansatzweise zu klären sein. Ich wage zu behaupten, dass uns dieses Thema Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte noch sehr intensiv beschäftigen wird.

Zunächst einmal lässt sich relativ unstrittig feststellen: Der Startschuss ist geglückt! Gott sei Dank können wir knapp 1 Jahr nach den letzten Haushaltsreden diese Aussage treffen. Noch Anfang dieses Jahres hat die Verwaltung – so wie wir alle, denke ich - völlig zu Recht noch ein wenig Skepsis und vorsichtigen Optimismus walten lassen. Damals wurde prognostiziert, dass wir im Jahr 2014 voraussichtlich auf Grund von höheren Umlagen, insbesondere Zahlungen an den Kreis, wieder von Defiziten betroffen sein werden. Nun können wir damit rechnen, dass sich der im Jahr 2012 auf 150 Mio. Euro gesteigerte Gewerbesteuerertrag voraussichtlich auch im Jahr 2013 und – hoffentlich – auch in den Folgejahren mindestens auf diesem Niveau bewegen wird, so dass bestehende Verbindlichkeiten zurückgeführt werden können und die Stadt Monheim am Rhein spätestens Ende des Jahres 2013 **faktisch schuldenfrei** sein wird. In Hinblick auf die mittel- bis langfristige Finanzplanung bleibt zu berücksichtigen, dass wir Zahlungen für die Kreisumlage zu leisten haben, die sich auf deutlich mehr als die Hälfte der Gewerbesteuereinnahmen belaufen. Dies auch, da die Umlage nicht auf Grundlage des tatsächlichen, sondern eines wesentlich höheren fiktiven Hebesatzes ermittelt wird. Folgerichtig fordert die Kämmerei die Bildung einer **Rücklage**, damit bei irgendwann vielleicht doch

wieder rückläufigen Gewerbesteuereinnahmen bei gleichzeitig hohen Belastungen keine finanzielle Schieflage eintritt. Diese Rücklage wiederum kann infolge erzielter Zinserträge eine Quelle bilden, aus der sich klug ausgewählte Wohltaten für diese Stadt generieren lassen.

Werfen wir nun einen Blick auf die Herkunft der gestiegenen Steuerkraft, so stellen wir fest, dass diese ganz wesentlich aus Steuerzahlungen von Unternehmen aus den Bereichen **Verwaltung, Forschung und Entwicklung** resultieren, welche den Standort Monheim am Rhein in zunehmendem Maße prägen und – ich wage den Blick in die Glaskugel – auch das Stadtbild und Stadtleben beeinflussen werden. Das klingt zunächst positiv, ist aber wie fast alles im Leben auch mit negativen Auswirkungen verknüpft. So ist für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im handwerklichen Bereich das Stellenangebot in Monheim am Rhein nicht unbedingt auf dem Vormarsch. Ob sich auch das Lebensgefühl in dieser Stadt verändern wird, ob es zu einem verstärkten Kontrast innerhalb der sozialen Struktur und der Lebensstile kommen wird, müsste genauer analysiert werden. Die Diskussion im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans zeigt sehr deutlich den Widerspruch, in dem wir stecken. Einerseits sucht die Stadt Monheim am Rhein die Nähe zu Düsseldorf und verweist auf den erhöhten Wohnraumbedarf, der im Einzugsbereich der Landeshauptstadt bereitgestellt werden soll, als Siedlungsstrukturtyp möchte sich Monheim jedoch nicht in die gleiche Kategorie einordnen wie Düsseldorf und wendet sich gegen die Forderung einer verdichteten Siedlungsstruktur. Die Frage, wie wir von der **Nähe zu Düsseldorf** profitieren, gleichzeitig jedoch die **eigene Identität** bewahren können und die Widersprüche alter und neuer Lebensstile unter einen Hut bekommen, ist bei den anstehenden Entscheidungen von zentraler Bedeutung. Für meine Fraktion kann ich betonen, dass eine **kluge Verdichtung** des Monheimer Siedlungsbereiches unter Beibehaltung von **notwendigen Ausgleichsräumen** unvermeidbar ist - vor allem deshalb, weil eine weitergehende Inanspruchnahme des Außenbereiches unter anderem aus **stadtklimatischen Gründen** sehr nachteilig und deshalb dringend zu vermeiden ist. Unter dem Stichwort grüne 8 werde ich dies nochmals ansprechen.

In der letzten Haushaltsrede habe ich die **3 Säulen der Nachhaltigkeit** als wesentliche Grundsätze für GRÜNE Politik in Monheim am Rhein benannt. Wenn es uns dann noch gelingt, mit Hilfe dieser Prinzipien einen Handlungsrahmen zu setzen, der Einigkeit und positive Orientierung auch in Zeiten des Wandels schafft, sind wir schon ein gutes Stück weiter.

Einen ersten Schritt haben wir im Rahmen der **Ansiedlungskriterien** getan. Anfang des Jahres hat meine Fraktion im Rahmen der Haushaltsrede neue Leitlinien für den Branchenmix bei Neuansiedlungen gefordert. Diese Forderung ist im Mai diesen Jahres zügig in die Tat umgesetzt worden, und aufgrund eines GRÜNEN Antrages findet auch das Nachhaltigkeitskriterium im Rahmen der Betriebsführung sowohl in ökologischer, als auch in sozialer Hinsicht Berücksichtigung.

Es gibt weitere, gute Ansatzpunkte für einen einheitlichen Rahmen im Sinne der Nachhaltigkeit für diese Stadt, einige davon möchte ich beispielhaft benennen:

Obwohl der Haupt- und Finanzausschuss im Februar diesen Jahres einen ähnlichen Antrag von uns noch abgelehnt hatte, blieb meine Fraktion hartnäckig und hat vor drei Wochen einen **Handlungsplan Fahrradverkehr** beantragt mit der Zielsetzung, die Stadt Monheim am Rhein möge die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW“ anstreben. Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung und die politische Mehrheit diesen Vorschlag aufgegriffen haben. Völlig in unserem Sinne stellt die Verwaltung fest, dass die Siedlungsstruktur Monheims geradezu ideal geeignet ist für das Fahrrad als wesentliches Nahverkehrsmittel. Die Vorteile hinsichtlich Klimaschutz und Gesundheit muss man nicht weiter ausführen, aber auch der lokale Einzelhandel dürfte langfristig davon profitieren.

Die soeben neu eingerichteten, schnellen **Busverbindungen** zwischen Arbeitsplatz und S-Bahnhöfen begrüßen wir als wichtigen Schritt zur Optimierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Dass das so geräuschlos möglich war, liegt natürlich auch an der veränderten Finanzlage der Stadt. Der ÖPNV ist landes-

weit unterfinanziert! Damit der Anteil des ÖPNV an den verschiedenen Verkehrsformen nicht weiter abnimmt, muss er schnell und effizient sein und sich auf die alternde Gesellschaft einstellen. Das bedeutet zuallererst: Jederzeit verfügbar, innerorts und als **Bindeglied zur S-Bahn und zum Schnellverkehr** in die Oberzentren, das heißt jetzt zu den Haltepunkten der Regionalzüge und zukünftig zum Rhein Ruhr Express-Bahnhof in Leverkusen, irgendwann ja vielleicht auch in Langenfeld.

Auch unser Antrag zur „**Grünen 8**“ ist geeignet, einen gestalterischen Rahmen zu setzen und die Identifikationsmöglichkeiten zu stärken. Der Rhein und die ihn begleitenden Landschaftsteile werden besser erfahrbar gemacht und gleichzeitig der Biotopverbund und ein für das Lokalklima wichtiger Ausgleichsraum gesichert. Dass dies auch eine Möglichkeit sein kann, durch interaktive Elemente bürgerschaftliches Engagement zu stärken, wie dies vom Frauenforum und dem Kreis „Frauen plus“ vorgeschlagen wird, macht dieses Projekt aus unserer Sicht noch interessanter. Beispielsweise wäre eine Verknüpfung mit dem Projekt „plant for the planet“ sinnvoll. Baumpflanzungen in Anbindung an die Grüne 8 könnten als langfristiges Projekt und in sehr viel größerem Umfang als bisher realisiert werden. Auch die Planung von Alleen, welche die Spaziergänger und Spaziergängerinnen in die Stadt hinein geleiten, könnte als schönes gestalterisches Element integriert werden.

Ich erinnere hier nochmals an den von uns beantragten **Masterplan Licht**, der nicht nur aus energetischer Sicht im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes Sinn macht, sondern auch geeignet ist, mit relativ einfachen Mitteln, nämlich durch geschickte Inszenierung der Stadt und von deren Eingängen mit Hilfe von Licht, dem sehr heterogenen Erscheinungsbild dieser Stadt einen einheitlichen Rahmen zu verleihen.

Gefordert ist jedoch nicht nur ein Rahmen im räumlich-gestalterischen Sinn, der mit stadt- und grün-planerischen Mitteln zu erzielen ist. Auch den **sozialen und kulturellen Zusammenhalt** gilt es zu bewerkstelligen. Mit MoKi haben wir in dieser Stadt einen Meilenstein gesetzt. Bildung auch im außerschulischen Bereich ist uns sehr wichtig. Wir stellen jedoch fest, dass der Schwerpunkt einseitig im Bereich der kulturellen Bildung verankert ist. Sprachförde-

rung - auch für begabte Kinder - , Musik- und Kunstschule sind wichtige Projekte, aber können wir es uns leisten, den **technischen/naturwissenschaftlichen Bereich** außer Acht zu lassen? Wie fördern wir Kinder, die im **praktischen, im handwerklichen Bereich** über besondere Begabungen verfügen? Welche Schulen, und vor allem: welche Grundschulen verfügen noch über einen funktionsfähigen Werkraum? Müsste die Hauptstadt des Kindes nicht auch über ein Konzept zur Umweltbildung verfügen, und könnten wir nicht gerade aufgrund der hervorragenden naturräumlichen Lage hier Vorbild sein? Mit welchen Maßnahmen könnten wir unsere Bemühungen zur **Jungenförderung** optimieren? Unser Antrag hierzu wurde zwar mehrheitlich angenommen und auch von der Verwaltung begrüßt, aber was hat sich tatsächlich geändert, welche Maßnahmen wurden ergriffen? Nach wie vor sind die Jungen im Hintertreffen. Fragen über Fragen, denen wir uns gemeinsam stellen sollten!

Und noch einen weiteren wichtigen Aspekt möchte ich vortragen. Es ist dies das Thema der **kulturellen Teilhabe** für alle Menschen, auch für diejenigen, die über ein **nur geringes oder gar kein eigenes Einkommen** verfügen. Unter dem Stichwort „Kulturplatz Monheim“ haben wir im Juni diesen Jahres einen Antrag eingebracht, über den zur Zeit noch beraten wird: Die vom Kulturveranstalter Marke Monheim e.V. nicht verkauften Eintrittskarten sollen kostenlos bedürftigen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wir hoffen, dass unserem Antrag im Sinne der Menschen, die ein Anrecht auf kulturelle Teilhabe haben, ohne diese finanzieren zu können, bald entsprochen wird.

Noch immer haben wir große Probleme, das **Berliner Viertel** und die anderen Quartiere dieser Stadt barrierefrei miteinander zu verknüpfen – wobei die größten Barrieren sich in unser aller Köpfen befinden. Umso wichtiger ist es, Barrieren auch in räumlicher Hinsicht zu überwinden. Den Neubau der **Musikschule** auf der Seite des Berliner Rings, die dem Berliner Viertel gegenüberliegt, sehen wir kritisch. Eine Integration der Musikschule in den Bereich des Kulturzentrums wäre nach unserer Überzeugung möglich und sinnvoll, auch wenn die Mehrheit des Rates dies leider nicht so sieht, und würde zudem die Chance eröffnen, die längst überfällige Ertüchtigung dieses in die Jahre gekommenen Gebäudekomplexes in die Hand zu nehmen. Und wir sollten nicht ver-

gessen: Auch in der **Volkshochschule** findet Bildung statt, und zwar für alle Altersgruppen!!! Gerade deshalb sollte die Beachtung und zügige Umsetzung der **Barrierefreiheit** in diesem Gebäudeteil besondere Priorität besitzen. So wichtig MoKi auch ist – keiner stellt das in Abrede – **lebenslanges Lernen** ist das Gebot der Stunde und wird angesichts der aktuellen statistischen Zahlen immer wichtiger! Wir haben MoKi, wir brauchen GeMo oder GEROniMo, oder wie immer wir es nennen wollen. Denn für Monheim am Rhein wird nach Berechnungen des Landesbetriebes Information und Technik bis zum Jahr 2030 ein Bevölkerungszuwachs vorhergesagt – allerdings nur für die Altersgruppe der 65-80-Jährigen (10,5%) und die Gruppe ab 80 Jahren deutlich über 200%, dies ist landesweit ein Spitzenwert. Auch der **Alterung der Bevölkerung** werden wir uns stellen müssen, damit diese Stadt nicht auseinanderdriftet. Sehr weitreichende planerische Maßnahmen werden in den nächsten Jahrzehnten erforderlich sein, um die Stadt für einen immer stärker anwachsenden Teil der Bevölkerung bewohnbar und erlebbar zu machen, bzw. die Wohn- und Aufenthaltsqualität trotz bestehender Handicaps zu erhalten.

Das **Berliner Viertel** – ich habe dies im Zusammenhang mit dem Kulturzentrum schon kurz anklingen lassen - wird immer noch als Problemkindchen dieser Stadt gesehen. Aber bietet dieses Viertel infolge seiner Größe, Bevölkerungsdichte und einheitlicher Besitzstrukturen nicht auch Chancen? Ich denke ja. Hier könnten Projekte realisiert werden, die Vorbildfunktion haben für die Gesamtstadt. Mit MoKi haben wir dies schon unter Beweis gestellt. Wären nicht auch andere Projekte möglich? Als Beispiel nenne ich hier die im Haupt- und Finanzausschuss schon kurz angesprochene Möglichkeit eines **Car-Sharing-Projektes**. Eine Kooperation zwischen Wohnungsbaugesellschaft, Verkehrsverbänden und Stadt wäre wünschenswert, eine Ausdehnung auf die Gesamtstadt anzustreben. Ein ganz anderes, aber genauso zukunftsweisendes Thema wäre ein Pilot-Projekt „**Alten-WG**“ im Berliner Viertel. In den 70-er Jahren haben hier viele junge Familien eine „Neue Heimat“ gefunden, der demografische Wandel wird sich in diesem Stadtviertel sehr klar darstellen. Selbstverständlich sind dies keine rein städtischen Angebote. Aber mit städtischer Begleitung könnte hier der Weg geebnet werden. Und auch eine Woh-

nungsbaugesellschaft sollte die Chance ergreifen, das eigene Profil zu schärfen und sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen.

Viele sinnvolle Maßnahmen sind aufgrund der Haushaltssituation bezahlbar geworden. Trotzdem ist das Geld natürlich nicht in unbegrenztem Maße vorhanden. Wir sollten aufgrund eines einvernehmlich ausgearbeiteten Kriterienkataloges Entscheidungen fällen. Das Thema **Nachhaltigkeit** als bestimmendes, einheitliches Element ist von mir schon thematisiert worden. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüfen zu können, benötigen wir einen maßgeschneiderten **Evaluationsplan** anhand eines praktikablen Kriterienkataloges. Zudem sollten wir Maßnahmen so gestalten, dass sie die **finanzielle Beweglichkeit der Stadt** nicht übermäßig einengen. Mit dem vorliegenden Stellenplan haben wir uns einen kräftigen Schluck gegönnt. Obwohl wir den meisten Stellen zugestimmt haben, möchten wir dennoch für die Zukunft fordern, dass vor Schaffung einer neuen Stelle ein entsprechendes Konzept vorliegen muss, das die Inhalte und die Zielsetzung des entsprechenden Aufgabenbereiches genau auf den Punkt bringt. Insbesondere beim Thema **City- und vor allem Tourismusmanagement** hatten wir schon im Rahmen der vergangenen Haushaltsplanberatungen große Bedenken angemeldet. Erst die Stellen zu schaffen, um sodann ein Konzept in Auftrag zu geben, ergibt aus unserer Sicht keinen Sinn. Beim Thema **Inklusion** verfährt die Verwaltung anders. Erst das Konzept, dann die Stelle! Das ist richtig. Aber wir stellen uns natürlich die Frage, ob hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Wir lassen diese Frage einmal so im Raume stehen!

Selbstverständlich wird die Stadtverwaltung weiter daran arbeiten müssen, kostengünstig und effektiv zu wirtschaften. Diese Forderung ist eigentlich selbstverständlich, in der Praxis ist die Realisierung jedoch bisweilen mit Hürden versehen. So steht unserer Einschätzung nach die **Optimierung des Rechnungswesens** im Bereich der ehemaligen städtischen Betriebe, auch wenn diese als **Regiebetrieb** in die Stadtverwaltung integriert wurden, als drängende Aufgabe ebenso im Raum wie die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit der Stadt Langenfeld.

Vermeiden sollten wir, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken beziehungsweise zu festigen, in Monheim wäre alles billig. Denn schon ist in Nachbarkommunen die Rede vom „**billigen Jakob am Rhein**“ zu vernehmen. Sicher mögen solche Aussagen auch auf gewisse Neid-Effekte zurückzuführen sein. Ich wage jedoch zu behaupten, dass wir selber nicht unwesentlich dazu beigetragen haben. Mit der Plakataktion in Nachbarkommunen (Stichwort: Bitte alle mal nachrechnen) haben wir uns nicht gerade beliebt gemacht und Anlass zu übler Nachrede gegeben, auch wenn solche Slogans – das gebe ich gerne zu – sehr plakativ und wahrscheinlich geeignet sind, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Die CDU-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt, zusätzlich zu den Hebesätzen der Gewerbesteuer auch die **Grundsteuer B** zu senken. Dies haben wir in Hinblick auf den anstehenden Schuldenabbau als zu weitgehend empfunden und abgelehnt. Immerhin hätte diese Maßnahme dazu beigetragen, das Bild vom Billigen Wohnen zusätzlich zum Billigen Gewerbetreiben ins Blickfeld zu rücken. Und noch eine Vergünstigung bietet die Stadt Monheim am Rhein demnächst als Hauptstadt des Kindes: Hier wird es demnächst möglich sein, die Kinder **kostenlos in der Tageseinrichtung/Tagespflege** betreuen zu lassen. Wir haben dieser Maßnahme zugestimmt, weil wir uns eine familienfreundliche Signalwirkung davon versprechen und sicher auch, weil die Mitglieder meiner vergleichsweise kinderreichen Fraktion aus eigener Erfahrung wissen, dass Familien mit Kindern auf vielerlei Art und Weise finanziell gebeutelt werden und mit dieser Maßnahme ein gewisser, gerechter finanzieller Ausgleich erfolgen kann. Ich appelliere jedoch an uns alle, jegliche Gedanken an finanzielle **Geschenke** für die jeweilige Klientel endlich fahren zu lassen. Betrachten wir den momentanen Geldsegen mit Demut und Zurückhaltung und im Gedanken an in der Zukunft zu bewältigende, derzeit noch unbekannte Aufgaben.

Ich fasse zusammen: In unseren Nachbarstädten ist vom billigen Jakob die Rede. Dies sollte natürlich nicht unserem Image entsprechen. Von Maßnahmen und Werbekampagnen, mit denen wir Gefahr laufen, diesen Eindruck zu unter-

mauern, sollten wir Abstand nehmen. Ich wage zu behaupten, dass die Kunde vom niedrigen Hebesatz sich auf ganz anderen, internen Kanälen schon sehr weit verbreitet hat. Weitaus wichtiger ist es, zukünftig die Qualitäten dieses Standortes zu stärken und entsprechend in den Mittelpunkt des Bewusstseins zu rücken. Denn der zur Zeit noch landesweit niedrigste Hebesatz wird möglicherweise nicht Alleinstellungsmerkmal bleiben. Schon hat die Stadt Langenfeld für das Jahr 2014 eine Senkung auf 300 Prozentpunkte angekündigt. In unseren Nachbarstädten ist übrigens nicht nur vom „**Billigen Jakob**“ die Rede, sondern es wird ebenso oft halb bewundernd, halb flapsig das „**Wunder von Monheim**“ heraufbeschworen. Ich möchte den Begriff aufgreifen und behaupte: Nur wenn es uns gelingt, die Gunst des Standortes sowohl in finanztechnischer, als auch in qualitativer Sicht im Sinne der Nachhaltigkeit zu entwickeln, wird das **Wunder von Monheim** Wirklichkeit werden und Bestand haben.

Bedanken möchte ich mich in diesem Jahr bei der Verwaltung, die uns bei unserer Arbeit tatkräftig unterstützt hat. Besonders hervorheben möchte ich das große Engagement bei der Erarbeitung und Auswertung des **Bürgerhaushaltes**. Wir sollten gemeinsam überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, dieses Instrument noch stärker in den Alltag dieser Stadt einzubinden und insbesondere Personengruppen anzusprechen, die uns wichtig sind, die aber nicht unbedingt zu den engagierten Zeitungslesern- /leserinnen gehören und wahrscheinlich auch nicht zu den regelmäßigen Besuchern/Besucherinnen des städtischen Internetauftrittes zählen. Ich denke dabei insbesondere an die **Schülerinnen und Schüler dieser Stadt**. Wir sollten an den Schulen, bei den Schülervertretungen und dem Jugendparlament für eine Teilnahme an diesem Projekt werben. Der Hauptstadt des Kindes sollte es ein besonderes Anliegen sein, die **Transparenz, Offenheit und Kooperationsfähigkeit** gerade gegenüber dieser Altersgruppe unter Beweis zu stellen und eine herzliche Einladung anzusprechen, sich im Rahmen des Bürgerhaushaltes und anderer Foren der Bürgerbeteiligung mit ihren eigenen Ideen einzubringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!